

Wenige Tage vor der geplanten Freigabe einer Reihe von Dokumenten im Zusammenhang mit dem Impfstoff COVID von Pfizer hat das Pharmaunternehmen bei einem Bundesgericht [beantragt](#), vor der Freigabe von Informationen intervenieren zu dürfen.

Bedingte Zulassung trotz ungeklärter Todesfälle

Der erste Stapel von Dokumenten, der im November 2021 freigegeben wurde und insgesamt nur 500 Seiten umfasste, enthüllte, dass es innerhalb der ersten 90 Tage nach der Freigabe des Impfstoffs COVID von Pfizer-BioNTech mehr als 1.200 [impfstoffbedingte Todesfälle](#) gab.

Dennoch wurde Pfizer am 2. Dezember 2020 im Vereinigten Königreich zugelassen. Am 9. Dezember folgte die Zulassung in Kanada, am 11. Dezember die Notfallzulassung in den USA. Am 21. Dezember 2020 erhielt der Impfstoff Comirnaty von BioNTech/Pfizer als erster die bedingte Marktzulassung in der EU.

Trotz der Todesfälle wurde die bedingte Zulassung, die zunächst für ein Jahr galt, für alle Impfstoffhersteller verlängert.

Versuchskaninchen

Die Studien sind [nicht abgeschlossen](#). Die Studien von Pfizer enden erst am 2. Mai 2023 und die von Moderna am 27. Oktober 2022. Defender: „Jede Verabreichung eines dieser Präparate, findet statt, lange bevor die Studien über Wirksamkeit und Sicherheit abgeschlossen sind.“

Andrea Drescher



Mit anderen Worten: Das Menschen-Experiment mit mRNA-Impfstoffen, die nach bisher gültiger Definition von Impfstoffen nicht als Impfstoffe hätten bezeichnet werden dürfen, war auch dem SPD-Kanzlerkandidaten und jetzigen Bundeskanzler Olaf Scholz offenbar bereits vor der Veröffentlichung der Dokumente bekannt. Scholz bezeichnete die gegen Corona Geimpfte als „Versuchskaninchen“. Der Banker und damalige Gesundheitsminister Jens Spahn hielt den Vergleich für „[Unsinn](#)“.

■ <https://de.rt.com/inland/123576-scholz-nennt-geimpfte-versuchskaninchen-und>

Scholz nennt Geimpfte "Versuchskaninchen" - und erntet ...

Scholz nennt Geimpfte "Versuchskaninchen" - und erntet prompt Kritik von Laschet und Spahn. Armin Laschet und andere Unionspolitiker kritisieren den Kanzlerkandidaten **Olaf Scholz** für einen Impfappell, bei dem der SPD-Kanzlerkandidat die bereits gegen Corona Geimpften scherhaft als "Versuchskaninchen" bezeichnet hatte.

T [https://www.tagesspiegel.de/politik/scholz-nennt-geimpfte-versuchskaninchen-kritik-von...](https://www.tagesspiegel.de/politik/scholz-nennt-geimpfte-versuchskaninchen-kritik-von-...)

Scholz nennt Geimpfte „Versuchskaninchen“: Kritik von ...

Unionspolitiker haben **Olaf Scholz** für einen Impfauftruf kritisiert, in dem der SPD-Kanzlerkandidat die bislang in der Corona-Pandemie Geimpften als „**Versuchskaninchen**“ bezeichnet hatte.

▶ <https://www.youtube.com/watch?v=4jRIIVGprMo>

◆ **Brisant! Olaf Scholz Spd "Wir 50 Mio. Versuchskaninchen ...**

◆ **BRISANT! OLAF SCHOLZ SPD "WIR 50 MIO. VERSUCHSKANINCHEN"** ◆ Wahlkampf Rede am 02.09.21 in MarburgBei seiner Wahlkampfrede in Marburg, am 02.09.2021 rusch...

Die mRNA-Impfstoffe sind nach der bisherigen Definition von Impfstoffen keine echten Impfstoffe. Am 1. September 2021 haben die Centers for Disease Control and Prevention (CDC) die Definition von „Impfstoff“ und „Impfung“ geändert. Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) und das Robert-Koch-Institut schlossen sich dem CDC bei der Neudeinition an.

Stefan Homburg: „Ursprünglich versprach das PEI Schutz vor „Infektion“. Hierauf beruhte das G2-System. Später versprach man nur noch Schutz vor „schwerem Verlauf“. Inzwischen verspricht man gar nichts mehr. Eine totale Bankrotterklärung!“ Originallink von Twitter

<https://twitter.com/SHomburg/status/1443852398712197122/photo/1> nicht mehr vorhanden.)

Die Machenschaften bei der bedingten Zulassung kommen ans Tageslicht

Dies ist einem Bericht des Defender vom 31. Januar 2022 zufolge die jüngste Entwicklung in einem laufenden Gerichtsverfahren, das mit einem Antrag auf Informationsfreiheit (Freedom of Information Act, FOIA) begann. Eine Gruppe von mehr als 30 Medizinern und Wissenschaftlern aus Institutionen wie Harvard, Yale und UCLA hatte im August 2021 eine Klage gegen die FDA eingereicht, nachdem die Behörde ihren ursprünglichen FOIA-Antrag abgelehnt hatte.

Die Gruppe, die sich Public Health and Medical Professionals for Transparency (PHMPT) nennt, forderte die U.S. Food and Drug Administration (FDA) auf, alle Dokumente freizugeben, die im Zusammenhang mit der Notfallzulassung

(Emergency Use Authorization, EUA) des Impfstoffs Pfizer-BioNTech COVID und der vollständigen Zulassung des Impfstoffs Pfizer-Comirnaty COVID stehen, einschließlich Sicherheits- und Wirksamkeitsdaten, Berichte über unerwünschte Wirkungen und eine Liste der aktiven und inaktiven Bestandteile.

Richter Mark Pittman vom US-Bezirksgericht für den nördlichen Bezirk von Texas ordnete am 6. Januar an, dass die FDA bis zum 31. Januar 12.000 Seiten an Dokumenten und danach jeden Monat weitere 55.000 Seiten freigeben muss, bis die Freigabe der fast 400.000 Seiten an Dokumenten abgeschlossen ist.

Pfizer setzt auf Zeitgewinn

Pfizer behauptet, die Offenlegung der Dokumente zu unterstützen, bat jedoch laut Defender darum, in den Fall einzutreten, um sicherzustellen, dass Informationen, die von der Offenlegung ausgenommen sind, nicht „in unangemessener Weise offengelegt werden“.

Es bleibe unklar, sagt Defender, wie Pfizer „unangemessen“ oder „für einen begrenzten Zweck“ definiert, oder warum es zwei Wochen nach der Anordnung von Richter Pittman und nur wenige Tage vor der für den 31. Januar geplanten Veröffentlichung von 12.000 Seiten gewartet hat, um seinen Antrag einzureichen.

Die Anhörung der Argumente zum Antrag von Pfizer war für den 28. Januar angesetzt. Der Defender weist darauf hin, dass zum Zeitpunkt der Erstellung seines Artikels am 31. Januar keine weiteren Informationen zu dem Fall oder der geplanten Anhörung bekannt gegeben wurden.

Unter dem Schutz der Politik

Pfizer reichte laut Defender am 21. Januar zwei Schriftsätze bei Gericht ein: einen Antrag auf Zulassung als Streithelfer „für einen begrenzten Zweck“ und ein begleitendes „Memorandum of Points and Authorities“ zur Unterstützung des Antrags.

Pfizer habe das Unternehmen DLA Piper LLP beauftragt. DLA Piper sei eine der weltweit renommiertesten Anwaltskanzleien, mit seinem Hauptsitz in London und Niederlassungen in 40 Ländern. Im Jahr 2014 habe die Kanzlei einen Umsatz von 2,48 Milliarden Dollar erwirtschaftet und sei damit die drittgrößte Anwaltskanzlei in

den USA, gemessen am Umsatz.

Wenig überraschend, aber erhellend ist der Hinweis des Defender, dass DLA Piper der zwölftgrößte Spender für die Wiederwahlkampagne von Präsident Obama 2012 und der neuntgrößte Spender für Hillary Clinton zwischen 1999 und 2018 war.

Dass Douglas Emhoff, der Ehegatte von US-Vizepräsidentin Kamala Harris, bis 2020 bei der Kanzlei angestellt war, passt ebenfalls ins Gesamtbild der Vorgänge um die Notfall-Zulassung des Impfstoffs. Douglas Emhoff hat laut Defender in diesem Jahr 1,2 Millionen Dollar an Partnerschaftseinkommen verdient.

FDA unterstützt den Antrag von Pfizer und bittet um Verlängerung

Neben der Unterstützung des Antrags von Pfizer habe die FDA beim Gericht auch eine Fristverlängerung beantragt, sagt der Defender. Dadurch würde die geplante Freigabe der Dokumente weiter verzögert. Die U.S. Food and Drug Administration, abgekürzt FDA, deutsch US-Behörde für Lebens- und Arzneimittel, ist die Lebensmittelüberwachungs- und Arzneimittelbehörde der Vereinigten Staaten und dem amerikanischen Gesundheitsministerium unterstellt.

Aaron Siri von der Anwaltskanzlei Siri & Glimstad, der PHMPT in seiner Klage gegen die FDA vertritt, erklärte laut Defender, dass die FDA darauf bestehe, dass sie ihre erste 55.000-seitige Veröffentlichung bis zum 1. Mai 2022 hinauszögern darf – vier Monate, nachdem das Gericht seine Anordnung erlassen hat.

PHMPT wies in seinem Schriftsatz vom 25. Januar auch die fortgesetzte Behauptung der FDA zurück, dass sie den von Pittman am 6. Januar angeordneten Zeitplan für die Offenlegung nicht einhalten könne, und argumentierte, dass „die FDA über mehr als ausreichende Ressourcen verfügt, um die angeforderten Dokumente zügig vorzulegen.“

Rechtsanwälte deuten Versuch der Vertuschung durch die FDA an

Siri deutete dem Defender zufolge auch eine Vertuschung an, indem die Rechtsanwälte erklärten:

„Der Gerichtshof ist neben dem Kongress die einzige Kontrollinstanz für die FDA. In einem freien Land ist Transparenz oberstes Gebot, und die FDA hat sich dafür entschieden, die Transparenz und die Anforderungen des FOIA zu unterlaufen, indem sie das Büro, das sie für die Beantwortung von FOIA-Anfragen unterhält, anämisch unterbesetzt hat.“

„Es ist auch unglaublich, dass die FDA behauptet, die Einhaltung der Vorschriften würde ihren gesundheitspolitischen Zielen schaden. Selbst wenn die FDA wirklich 4 bis 5 Millionen Dollar ausgeben müsste, was ... eine absurde Überschätzung ist, ist das ein unbedeutender Betrag ihres gesamten 3,41 Milliarden Dollar schweren Ermessenshaushalts.“

„Es ist verständlich, dass die FDA nicht will, dass unabhängige Wissenschaftler die Dokumente überprüfen, auf die sie sich bei der Zulassung des Impfstoffs von Pfizer gestützt hat, wenn man bedenkt, dass der Impfstoff nicht so wirksam ist, wie die FDA ursprünglich behauptet hat, dass er die Übertragung nicht verhindert, dass er nicht gegen bestimmte neu auftretende Varianten schützt, dass er bei jüngeren Menschen schwere Herzentzündungen hervorrufen kann und dass er zahlreiche andere unbestrittene Sicherheitsprobleme hat.“

(Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator)

Siri sagte, die „potenzielle Verlegenheit“ der FDA über ihre Entscheidung, den Impfstoff von Pfizer zu lizenziieren, müsse hinter der vom FOIA geforderten Transparenz und „der dringenden Notwendigkeit und dem Interesse des amerikanischen Volkes, diese Lizenzierungsdaten zu überprüfen, zurückstehen.“

Marc Tullius

Titelbild: [PublicDomainPictures, pixabay](#)



Werbung

